



Ohne Moos nichts los!

Mehr Sicherheit, mehr Polizei
Mehr Schulen und Kindergärten, bessere Bildung
Bessere Gesundheitspolitik
Bessere medizinische und altersgerechte Betreuung
Bessere Finanzierung sozialer Gerechtigkeit in
Deutschland
Preiswerter Wohnraum
Bessere Infrastrukturen wie Energiesicherung
Moderne Verkehrswege
Abbau von 2 Billionen Schulden

All die Investitionen gelängen besser, hätten wir in Deutschland einen gerechten und gleichmäßigen Steuervollzug. Hieran hapert es gewaltig. Wir schätzen die jährlichen Steuerausfälle bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer auf rund 30 Milliarden Euro pro Jahr. Bei der Umsatzsteuer sind es weitere 20 Milliarden, die durch Steuerbetrug fehlen. Hinzu kommt milliardenschwere Steuerflucht über die Grenze hin in Länder mit Ministeuersätzen. Das Briefkastenfirmenwesen in Panama und in anderen Steueroasen lässt grüßen.

Diese Liste ist nicht abschließend, nur erschreckend!

- Nach einem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien im Wert von fast zwei Milliarden Mark beantragte der **Flick-Konzern** beim Bundeswirtschaftsministerium eine Steuerbefreiung für "volkswirtschaftlich förderungswürdige" Reinvestitionen. Die Steuerschuld hätte bei **986.000.000 Mark** gelegen.
- **Peter Graf** wurde 1997 wegen Steuerhinterziehung von rund **12.000.000 Mark** schuldig gesprochen.
- Angeklagt war der Gründer des VIP Medienfonds, **Andreas Schmid**, Mitproduzent von Filmen wie "Das Parfüm". In dem Verfahren ging es um die Hinterziehung von **55.000.000 Euro**. Der Fondsmanager wurde zu sechs Jahren Haft verurteilt. Auch muss er Steuern in Millionenhöhe nachzahlen.
- **Hans-Christian Lauritzen**, der für die Berliner Bankengesellschaft Immobiliengeschäfte verwaltete, wurde 2006 wegen Steuerhinterziehung zu elf Monaten auf Bewährung und **200.000 Euro** Strafzahlung verurteilt.
- Moderator **Patrick Lindner** musste **150.000 Euro** Steuern nachzahlen, weil er falsche Angaben zur Vermietung seiner Villa in den 90er Jahren gemacht hatte.
- Ebenfalls **150.000 Euro** musste **Freddy Quinn** zahlen - er hatte angegeben, in Monaco zu leben, obwohl er tatsächlich in Hamburg wohnte.
- **Paul Schockemöhle**, der früher einer der besten Springreiter der Welt war, steht für einen der ersten Steuerfälle mit großer Außenwirkung. Schockemöhle hatte in Liechtenstein Millionen gebunkert
- **Boris Becker** wurde 2002 in München zu zwei Jahren Gefängnis und insgesamt **500.000 Euro** Geldbuße verurteilt, weil er **1.700.000 Euro** an Steuern hinterzogen hatte
- **Uli Hoeneß** ist der erste Prominente, der nach einem wegweisenden Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) ins Visier der Steuerfahnder geraten ist. Seine Steuerschuld in Höhe von mindestens **43.000.000 Euro** (inkl. Strafe und Zinsen) hat er da bereits beglichen.
- **Marcus Prinz von Anhalt** ist erneut wegen Steuerhinterziehung mittels seiner Luxusautos zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Es ging um **660.000 Euro**.
- Der Geheimagent **Werner Mauss** soll **15.247.981 Euro** Steuern hinterzogen haben.
- **Apple** soll **13.000.000.000 Euro** Steuern für seine Geschäfte in der EU nachzahlen.

Das ist das Gegenteil von Steuergerechtigkeit.

Der ehrliche Steuerzahler fühlt diese Ungerechtigkeit und wird sein eigenes Verhalten darauf anpassen. Wer möchte schon gern der Dumme sein. Die Steuermoral leidet dadurch insgesamt.

Ohne das Gefühl von Steuergerechtigkeit leidet die Akzeptanz des „Steuern-zahlen-müssens“. Staatsverdrossenheit und Enttäuschung sind die Folgen. Populistische Parolen haben dadurch Hochkonjunktur.

Auf diese Zusammenhänge möchten wir aufmerksam machen. Wir, die Beschäftigten der Steuerverwaltung üben unseren Beruf mit Leidenschaft aus. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, weil sich viele Beschäftigte bei ihrer Arbeit allein gelassen fühlen.

1. Steuerrecht ist zu kompliziert – Vereinfachung ist notwendiger denn je

Es besteht Einhelligkeit darüber, dass das Steuerrecht zu kompliziert ist. Es wird vom Steuerzahler nicht verstanden und erscheint intransparent. Der Steuerzahler fühlt sich hilflos und soll eine Steuererklärung unterschreiben, die er im Zweifel gar nicht versteht. Der Steuerzahler empfindet das Steuerrecht infolgedessen als ungerecht. Ihn beschleicht das Gefühl, er zahle zu viel. Wer ohne steuerlichen Berater handelt, geht ein hohes Risiko ein.

Aber auch die Beschäftigten in den Finanzämtern leiden unter der ständigen Verkomplizierung. Die Anforderungen sind immer höher geworden. Ohne EDV ließe sich ein Steuerbescheid nicht mehr in zutreffender Weise erstellen.

Viele leiden unter diesem intransparenten Steuersystem. Aber andere profitieren davon. Sie können ihre Steuerschuld durch Gestaltung minimieren, oft im Bewusstsein, das Finanzamt habe ohnehin keine Ressource, um dies zu prüfen. Steuerhinterzieher und Steuerflüchtlinge machen sich dieses System planvoll zunutze. Über 120.000 Selbstanzeigen deutschlandweit in den letzten Jahren wegen unversteuerten Auslandsgeldern sind ein Beleg dafür, dass der Staat nicht ausreichend hingeschaut, die Augen vor milliardenschwerer Steuerhinterziehung in fahrlässiger Weise verschlossen hat.

2. Personalausstattung in den Finanzbehörden

Eine Personalpolitik, die sich an der „politischen Größe“ der Personalkosten ausrichtet und von vornherein einen Entbehungsfaktor einplant, muss mit massiven Steuerausfällen rechnen.

Fachliche Erwägungen, etwa tatsächlich vorhandene Personalbedarfsberechnungen, werden regelmäßig negiert und ausgehebelt. Die tatsächliche Besetzung der Stellen weicht erheblich von den gebotenen Stellenzahlen ab.

Wenn man bedenkt, dass sowohl ein Prüfer als auch ein Steuerfahnder in Thüringen jährlich ein Mehrergebnis von über 750.000 Euro erwirtschaften, der Beschäftigte im Innendienst durch seine Arbeit bei der Bearbeitung von Steuererklärungen oder bei der Vollstreckung im Jahr im Schnitt mehrere hunderttausend Euro erbringt, dann ist die Personalpolitik in Bezug auf die Finanzverwaltung völlig verfehlt.

Um einen gerechten und gleichmäßigen Steuervollzug sicherzustellen, ist die Anzahl der Beschäftigten in der Steuerverwaltung unbedingt zu erhöhen. Der Stellenabbau der vergangenen Jahre ist rückgängig zu machen. Auf die derzeitigen und bevorstehenden Altersabgänge ist sofort zu reagieren, nicht nur schrittweise mit einer Anhebung von 25 Auszubildenden.

3. Zu wenig Betriebsprüfungen

Nach der Betriebsprüfungsstatistik des Bundesfinanzministeriums gab es 2014 fast 8 Millionen in den Finanzämtern registrierte Betriebe und Unternehmen. Diese unterliegen der steuerlichen Betriebsprüfung.

Auch wenn Thüringen im Vergleich zu den großen Bundesländern kein so stark ausgeprägter Wirtschaftsstandort ist, kann sich das Ergebnis der Betriebsprüfungen sehen lassen. Bei 136 eingesetzten Hauptbetriebsprüfern konnte ein steuerliches Mehrergebnis von mehr als 97,4 Millionen Euro erreicht werden. Die Steigerung um 15 % gegenüber dem Vorjahr, bei gleichbleibendem Personaleinsatz, lässt das Potential der möglichen Steuerhinterziehung erahnen. Die Prüfungsintervalle, dass Klein- und Kleinstbetriebe nur alle 70 - 80 Jahre, Mittelbetriebe nur alle 17 Jahre und Großbetriebe nur alle 4 – 5 Jahre geprüft werden, sind mit dem Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung nicht vereinbar.

Der Arbeitnehmer und der Rentner hingegen werden jährlich anhand von steuerlichen Risikomanagementsystemen überprüft, während Mittelbetriebe in Thüringen nur alle 17 Jahre mit einer intensiven Prüfung rechnen müssen. Das ist ungerecht.

4. Bargeschäfte, Schwarzgeld, Umsatzsteuer

Durch die Manipulation von Registrierkassen bei Unternehmen mit Bargeldumsätzen gehen durch die damit verbundene Steuerhinterziehung nach Schätzung des Bundesrechnungshofes pro Jahr rund zehn Milliarden Euro verloren. Wir kritisieren diesen Missstand scharf und fordern die Einführung einer Registrierkassenpflicht sowie den verbindlichen Einsatz eines kryptografischen Manipulationsschutzes.

Ehrliche Unternehmer müssen geschützt werden, damit nicht der unehrliche Wettbewerber die Oberhand behält.

Im Bericht des Bundesrechnungshofes 2012 heißt es: „Die Instrumente zur effektiven Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs sind nicht ausgereift.“ Der Umsatzsteuerbetrug durch sogenannte „Karussellgeschäfte“ bleibe weiterhin eine „erhebliche Gefahr“ für die öffentlichen Haushalte.

Hier zeigt sich wieder: Ohne ausreichendes und systematisch geschultes Prüfpersonal ist ein wirksamer Schutz gegen solche Betrügereien nicht möglich. Eine systematische Steueraufsicht findet mangels personeller Ressourcen nicht statt.

5. Automation

Eine effizient arbeitende Finanzverwaltung ist ohne moderne EDV nicht mehr denkbar. Die EDV soll den Bearbeiter vor Ort bei der Bewältigung des komplizierten Rechtsstoffes und der Vielzahl der Steuererklärungen unterstützen. Eine Ersetzung des Bearbeiters durch eine vollautomatische Steuerfallbearbeitung ist derzeit nicht möglich und führt zu dramatischen Steuerausfällen.

Wer an der Einnahmeverwaltung spart, der erspart sich Einnahmen.

**So wie die Polizei für Sicherheit steht,
stehen wir für Steuergerechtigkeit!**